Programm Teil II vom 05.03.2024

Rechtsmittelsystem / Instanzenzug

- Einspracheverfahren (Art. 53 – 55)
- Verwaltungsinterne Rechtspflege (Art. 60 ff.)
- Beschwerdeverfahren vor verwaltungsunabhängigen Justizbehörden (Art. 74 ff.)
- Anfechtung von Zwischenverfügungen (Art. 61)

Legitimation / Kognition

- Legitimation (Art. 65 – 65c; Art. 79 – 79c)
- Kognition (Art. 66; Art. 80)

Vorsorglicher Rechtsschutz

- Vorsorglicher Rechtsschutz und aufschiebende Wirkung (Art. 27 – 30, 68, 82)

Kosten

- Verfahrens- und Parteikosten (Art. 102 – 110)
- Unentgeltliche Rechtspflege (Art. 111 – 113; Art. 117-123 ZPO)

Dr. iur. Christoph Auer LL.M.
Staatsschreiber des Kantons Bern

Einspracheverfahren (53-55 VRPG)

- Systematische Einbettung in Kapitel 3 des VRPG
  ⇨ Zugehörigkeit zum «Verwaltungsverfahren»
- Erfordernis einer spezialgesetzlichen Regelung
- Anwendung vor allem in Massenverfahren
- Einspracheverfahren sind kostenlos (107/2 VRPG)
- Kein Anspruch auf Parteikostenersatz (107/3 VRPG)
- Abgrenzung zu Einspracheverfahren mit Entscheidhilfefunktion (s. nachfolgende Folie)

Einsprache

mit Entscheidhilfefunktion

- Entscheidhilfe
- Gewährung des rechtlichen Gehörs

➔ Ergeht vor dem Erlass der Verfügung

= Einsprache nach Art. 35 und 60 BauG

mit Rechtsmittelfunktion

- Überprüfung der Verfügung

➔ Ergeht nach dem Erlass der Verfügung

= Einsprache nach Art. 53ff. VRPG

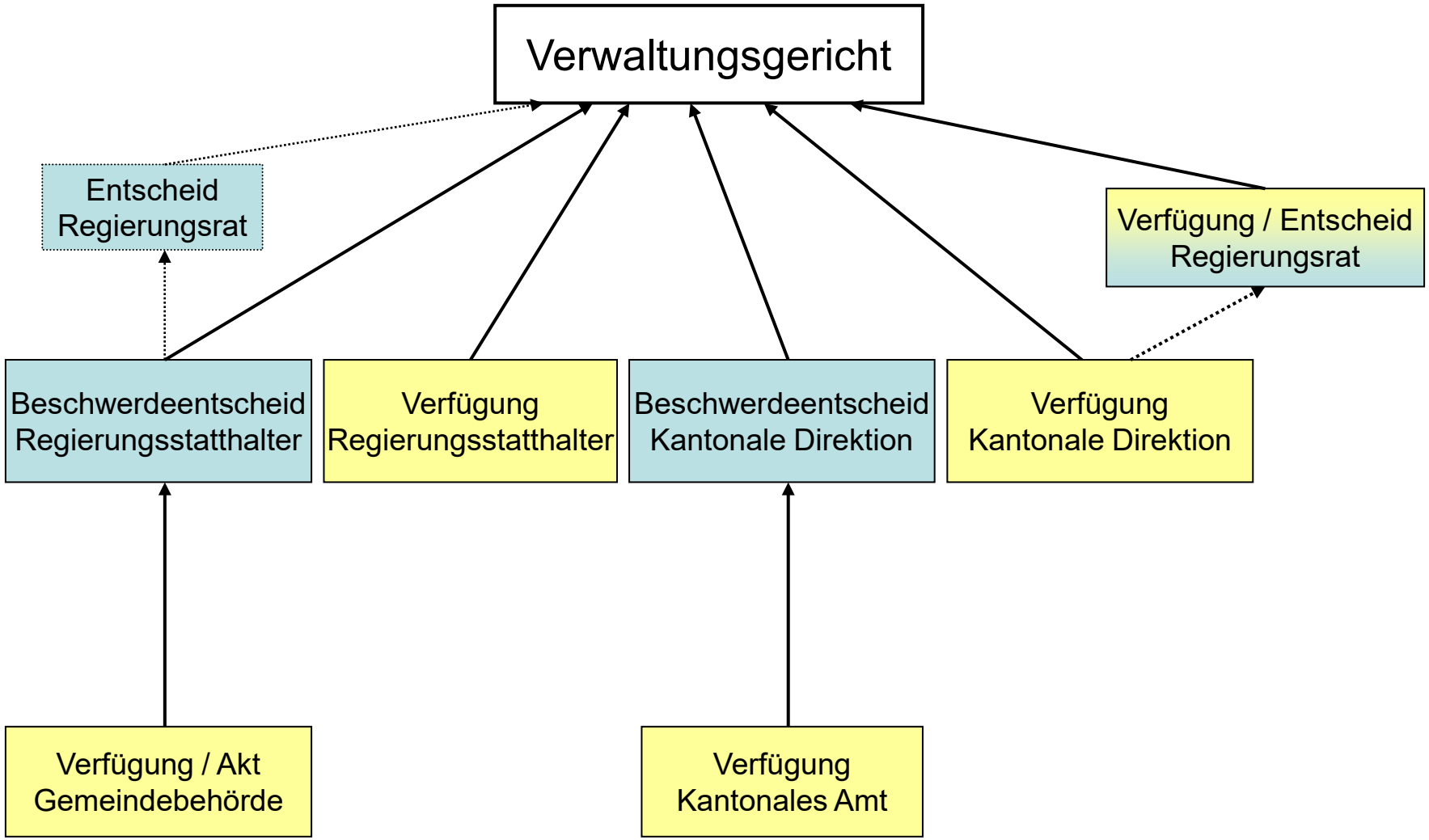
Instanzenzug im verwaltungsinternen Beschwerdeverfahren (60-73 VRPG)

- 60 VRPG als zentrale Ausgangsregelung im System der verwaltungsinternen Verwaltungsrechtspflege
- Differenzierung zwischen Verfügungen von kantonalen Behörden und Akten von kommunalen Behörden
- Zusammenspiel zwischen 60 VRPG und 62, 63 sowie 66 VRPG
- Beschränkte Bedeutung von 64 VRPG aufgrund der bundesrechtlichen Rechtsweggarantie; Präzisierung des Wortlauts mit VRPG-Revision vom 13.09. 2022

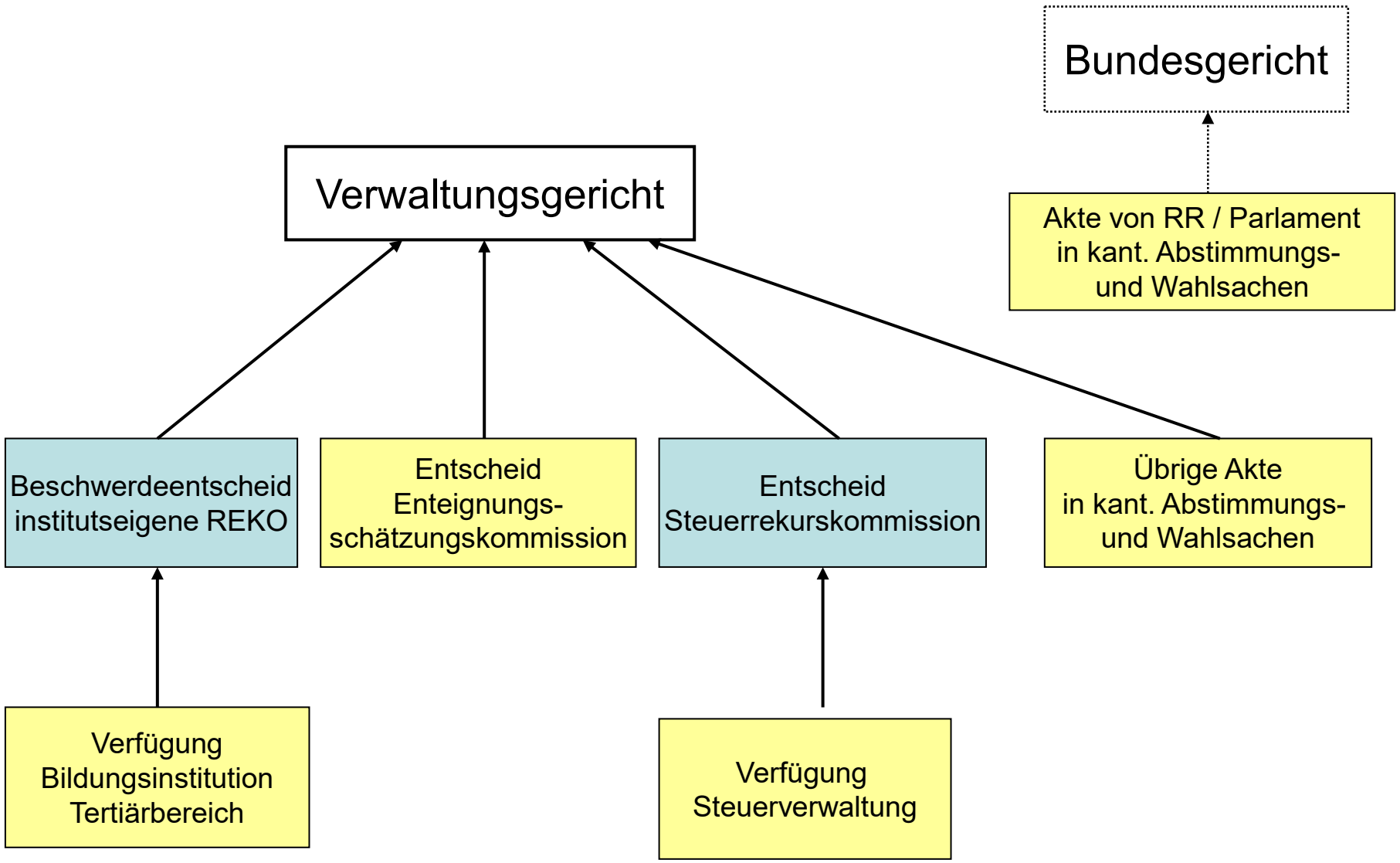
Beschwerdeverfahren vor verwaltungsunabhängigen Justizbehörden (74-86 VRPG)

- 74 VRPG als zentrale Ausgangsregelung im System der verwaltungsexternen Verwaltungsrechtspflege
- Zusammenspiel von 74 VRPG mit 77 VRPG und 64 VRPG
- Zuständigkeiten des Obergerichts in der Verwaltungsrechtspflege (vgl. 77/1/f + g VRPG)
- Weitere verwaltungsunabhängige Justizbehörden gemäss Spezialgesetzgebung

Instanzenzug Normalfall



Instanzenzug Spezialfälle



Letzte kantonale Instanzen in der Verwaltungsrechtspflege sind somit ...

- Verwaltungsgericht (fast immer)
- Obergericht (in zivilrechts- und strafrechtsnahen Angelegenheiten)
- Regierungsrat (in Angelegenheiten mit vorwiegend politischem Charakter und in eidg. Stimmrechtssachen)
- Rekurskommission für Massnahmen gegenüber Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern (bei Administrativmassnahmen sowie betreffend das Ergebnis von Führerprüfungen und Kontrollfahrten)
- Grosser Rat und seine Organe (soweit das Gesetz nichts anderes vorsieht)
- Rekurskommission der evangelisch-reformierten Landeskirche (in ausschliesslich landeskirchlichen Angelegenheiten)

Spezialgesetzliche Regeln, welche die Anfechtbarkeit von Verfügungen einschränken oder ausschliessen

- Art. 2a Abs. 3 Koordinationsgesetz
- Art. 53 Absätze 1 und 5 der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB)
- Art. 77 Abs. 3 EG ZSJ
- Art. 7 Abs. 2 Dekret über die Gerichtssprachen
- Art. 194 Abs. 2 Personalverordnung

Anfechtbarkeit von Zwischenverfügungen (61 VRPG)

- Definition von Zwischenverfügungen (61/1 VRPG)
- Anfechtbarkeit von Zwischenverfügungen über die Zuständigkeit und den Ausstand (61/2 VRPG)
- Anfechtbarkeit aller übrigen Zwischenverfügungen (61/3 VRPG)
- Sinn und Zweck des Kriteriums «nicht wieder gutzumachender Nachteil»
- Anfechtbare Zwischenverfügungen sind mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen (61/5 VRPG)

Beschwerdebefugnis (65-65c VRPG sowie 79-79c VRPG)

- Übereinstimmung mit den einschlägigen Regelungen des Bundesrechts (89 BGG und 48 VwVG)
- Drittbeschwerde *contra* Adressat (häufige Konstellation) und *pro* Adressat (eher seltene Konstellation)
- Erfordernis des *aktuellen* und *praktischen* Interesses
- *Egoistische* und *ideelle* Verbandsbeschwerde; Behördenbeschwerde
- Spezialregeln für Erlasse, politische Rechte, weitere kommunale Beschlüsse

Beschwerdegründe / Kognition (66 und 80 VRPG)

- Beschwerdegründe = Spiegelbild der Kognition/Überprüfungsbefugnis
- Grundsätzliche umfassende Kognition in der verwaltungsinternen Rechtspflege; grundsätzlich eingeschränkte Kognition im Verfahren vor verwaltungsunabhängigen Justizbehörden
- Möglichkeit von spezialgesetzlichen Regelungen (z.B. 76/4 UniG)
- Verletzung von Rechtsnormen bei der Sachverhaltsermittlung

Aufschiebende Wirkung

- Grundsatz der aufschiebenden Wirkung (68/1 VRPG)
- Möglichkeit von spezialgesetzlichen Regelungen (z.B. 108/2 PG)
- Keine Anwendung bei «negativen» Verfügungen
- Ermächtigung zur Durchbrechung des Devolutiveffekts (68/2 VRPG)
- «Wichtige Gründe» (68/2 und 68/4 VRPG; Umschreibung in 68/5 VRPG)
- Rückwirkendes Dahinfallen des Suspensiveffekts

Vorsorgliche Massnahmen (27-30 VRPG)

- Anordnung von Amtes wegen oder auf Antrag
- Glaubhaftmachen genügt
- Möglichkeit eines Superprovisoriums (vgl. 21/2/b VRPG)

Kosten (102-113 VRPG)

- Unterscheidung zwischen Verfahrenskosten (103) und Parteikosten (104)
- Regelung der Verfahrenskosten in Gebührenerlassen, der Parteikosten in der Anwaltsgesetzgebung
- Grundsätze der Kostenverlegung, «Unterliegerprinzip»
- «Wettschlagung» der Parteikosten
- Anpassung der Kostenregeln im Rahmen der VRPG-Revision 2022
- Unentgeltliche Rechtspflege